

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 70 Pfg., durch die
Post vierteljährlich 2.10 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hegloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinste alte
Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Peltmen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 141.

Samstag den 30. November 1918.

18. Jahrgang.

Verlangen nach dem Staatsgerichtshof.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat einem Pressevertreter gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung über die Schuldfrage Stellung genommen und dabei u. a. erklärt:

„Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten.“

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Unser Bestreben, den serbisch-österreichischen Konflikt zu lokalisieren, war durch kein abwegiger Gedanke, Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem heutigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechnigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzen unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, daß England zu diesem Zwecke zuerst eine Konferenz vorschlug, sich aber dann ausdrücklich unserm Vorschlag eines direkten Meinungsaustrausches zwischen Wien und Petersburg anschloß. Wir forderten das Wiener Kabinett energisch auf, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen, und gaben ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflichten zu erfüllen, müßten es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Pflichten in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Glauben Sie, daß man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen, gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann?

Ich sehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor

einem unparteiischen Staatsgerichtshof.

dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ob die bayerische Regierung den heutigen Moment zu ihren Veröffentlichungen richtig gewählt hat, kann ich nicht beurteilen, weil mir ihre Motive unbekannt sind. Ich fürchte, aus einseitigen und fragmentarischen Publikationen kann nur Verwirrung entstehen. Aber ich will ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft.

Herr v. Bethmann erklärte hierzu, daß er bezüglich unseres Einmarsches in Belgien bei jedem seiner am 4. August gesprochenen Worte stets das Elsass-Lothringen betraf, so habe Wilson selbst anerkannt, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Wiederwerb Elsass-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsass-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Vervollständigung den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ. Vor allem aber müßten wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvoller Weise gegenüber geführt hat. Dazu mannigfache Mängel unserer inneren Politik.“

Worum erst Präliminarfrieden?

Am 28. Januar 1871 war der Waffenstillstand, gleichbedeutend mit einer Kapitulation von Paris, geschlossen worden. Er sollte vor allem auch dazu dienen, die Wahl und den Zusammentritt einer gesamtdeutschen Nationalversammlung zu ermöglichen. Die deutsche Regierung wurde von allen Staaten anerkannt; mit ihr trat Deutschland nun in Unterhandlung. Für Frankreich führte die Verhandlung Thiers im Verein mit dem Minister Favre, für Deutschland Bismarck. Eine Sonderkommission von

15 Mitgliedern hielt die Verbindung mit der Nationalversammlung in Bordeaux aufrecht.

Nach zweimal wurde der Waffenstillstand, dessen Bedingungen Frau Thiers in ehrenhafter Weise erfüllt hatte, verlängert. Doch kamen die Verhandlungen nur schrittweise vorwärts, da Thiers französische Boden nicht abtreten wollte. Er wollte nur die Festungen Straßburg und Metz abgeben und als Ersatz dem Deutschen Reich — Luxemburg anbieten, das er — gekauft (er hätte). Auf diese seltsame Idee ging Bismarck nicht ein, doch verzichtete er, dem Einfluß Englands nachgebend, auf Velfort. So einigte man sich am 24. Februar im wesentlichen auf folgende Bedingungen: Das nordöstliche Lothringen mit Metz und Diedenhofen und das Elsass außer Velfort werden abgetreten; Frankreich zahlt 5 Milliarden Francs, davon 1 sofort, den Rest in drei Jahren; je nach Eingang der Zahlungen werden die deutschen Besatzungstruppen Vord- und Ostfrankreich räumen zufolge einem genau vereinbarten Plan; die Gefangenen werden zurückgegeben. Die eigentlichen Friedensverhandlungen finden nach Anerkennung des Präliminarfriedens in Brüssel statt.

Es waren dies im wesentlichen die gleichen Bedingungen wie des endgültigen Friedensschlusses. Am 26. Februar wurde der Vorfriedensvertrag vom Reichskanzler und den süddeutschen Ministern für Deutschland, von Thiers und Favre für Frankreich unterzeichnet. Zwei Tage später legte Thiers die Urkunde der Nationalversammlung in Bordeaux vor. Tags darauf wurde der Vertrag mit 546 gegen 107 Stimmen angenommen und dadurch Paris die Demütigung erspart, daß deutsche Belagerungsheer als Sieger einzuziehen zu sehen.

Am 28. März begannen die Verhandlungen in Brüssel; sie wurden noch einmal abgebrochen, teils wegen innerer Unruhen, teils weil Frankreich hoffte, bessere Soldaten zu erlangen; doch kam bald darauf der Frankfurter Friede zustande.

Zwischen Krieg und Frieden.

„Die Deutschen sind gute Dinge und fingen.“

Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressedienstes bei einer amerikanischen Armee wird erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führten, durch das schnelle Vordringen der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überrascht worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahingezogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer marschieren sehen. Darauf sandten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu erforschen, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen.

Der Bericht schließt: Die allgemeine Absicht des deutschen Kriegsvolkes ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen

Die Deutschen gute Dinge

zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausrüstungsgegenstände zurück und singt aus dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß, obschon geschlagen,

Die Deutschen nicht besiegt sind.

Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten geborchen die Truppen trotz der revolutionären Gerüchte ihren Offizieren und es ist wenig von Unordnung zu sehen.

Dieser Bericht eines bisherigen Gegners berührt ungewissheitlich. Es ist erklärlich, daß der Amerikaner, der zuletzt in den Krieg eingetreten ist, am wenigsten von den Hoffnungen der Entente gegen das deutsche Volk angefeuert ist. Daher ist auch anzunehmen, daß die linksrheinischen Gebiete, die vorübergehend von den Amerikanern besetzt gehalten werden, nicht das schlechteste Los, abgesehen von den Härten der Besetzung an sich, gezogen haben.

Deutsche Einladung an Wilson?

Wie der Berliner „Lokal-Anz.“ hört, wird von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

Frankreich braucht Deutschen

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Botschafter folgenden Inhalt mit: „Auf Verlangen Frankreichs verfahren die Räte in Elsass entsprechend dem Vorschreiten der französischen bis zu den Linien der Vorposten; diese

weder in der einen noch in der anderen Richtung überschritten werden. Ausgenommen sind Lebensmittel- und Materialtransporte. Die Regelung des Personenverkehrs folgt.“

Dringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsass-Lothringen; dies gilt besonders für Kots aus der Ruhrgegend für Diedenhofen, dessen Herausaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist.“

Telegramm- und Telefonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsass-Lothringen zu erwarten sind. — Deutsche Waffenstillstandskommission. Vorsitzender Staatssekretär Erzberger.

Es wird hoch sehr schwer gefallen sein, einzugehen, daß er in mancher Beziehung Deutschland braucht. Die gegenseitigen Wirtschaftsbedürfnisse werden es von selbst dazu bringen, daß die bisherige reine Diktatursprache der Franzosen den Formen der Verhandlung und Verständigung weicht.

U-Boote ohne Kenntnis der Revolution.

Aus Dervit auf der norwegischen Insel Stord wird gemeldet, daß dort 11 deutsche Unterseeboote eingetroffen seien. Sie kamen aus dem Mittelmeere und waren vollkommen ohne Kenntnis über die Ereignisse in Deutschland, da sie 5-6 Wochen ununterbrochen auf offener See gewesen sind.

Anklagen gegen die „schuldigen Deutschen“.

Im Laufe seiner Rede in Dundee erklärte Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen:

„Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskrieg schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen, jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Brüche des Kriegesrechtes zu Lande oder zur See überführt werden kann, oder der nachweislich Geklagte grausam behandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir imstande sind, unsere Anklagen gegen die Schuldigen vorzubereiten.“

Also neben den französischen prüfen jetzt auch die englischen Präsidenten die Frage, wie und wie viele von uns „bestraft“ werden sollen. Alle von uns werden sie ja wohl nicht aufhängen wollen. — Bis so weit ist, wollen wir an dem Wiedererwachen des gesunden Menschenverstandes nicht ganz verzweifeln.

Die Entente arbeitet an der Verschlagung des Reichs.

„Nieuwe Courant“ schreibt: Die Entente arbeitet bereits an einem Sonderbund aus den südlichen und den rheinischen Gebieten Deutschlands. Wenn Berlin diesen Umständen nicht Rechnung trägt, wird man bald vor unüberwindlichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Lansing-Note kann man herauslesen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundsätze nur zur Erhöhung des Glanzes im deutschen Volk beitragen kann. Ihren Bedingungen kann Deutschland nur nachkommen, wenn der Zentralausschuß in Berlin mit den anderen Reichsteilen sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenschließt.

Moskau interniert die polnischen Vertreter.

Das polnische Ministerium des Äußern hat die Nachricht erhalten, daß die Sowjetregierung die polnische Vertretung in Moskau interniert, einen Teil der Beamten verhaftet und die Papiere beschlagnahmt hat. — Die Sowjet-Regierung hat noch besser als die verlassene deutsche Regierung das Kunststück heraus, sich die ganze Welt zu Feinden zu machen.

Forderungen und Wirklichkeit.

Vor der Katastrophe?

Die Berliner Reichsleitung setzte sich am Mittwoch in einer großen Versammlung mit den Arbeitern über die heutigen unhaltbaren Arbeitszustände auseinander. Die Regierung hatte zu dem Zwecke den Volksbeauftragten Barth entsandt.

Es ist ganz selbstverständlich, erklärte der Redner, daß die Verhältnisse der Arbeiterklasse so geregelt werden müssen, daß dem einzelnen ein frohlicheres und menschenwürdigeres Dasein gesichert ist. Die im Mause der Begeisterung erhobenen Forderungen müßten aber immer mit den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen und Möglichkeiten im Einklang stehen. Wenn es so weiter gehe wie in den letzten Tagen, dann sind wir am Ende unseres Lateins, dann müssen wir liquidieren.

Der Kampf, so wie er heute geführt wird, geht nicht gegen das Unternehmertum sondern gegen die sozialistische Republik.

Der Redner kam dann auf unsere Ernährungs-schwierigkeiten zu sprechen. Noch trostloser aber seien die wirtschaftlichen Verhältnisse. Alles hänge von der

Kohlenfrage ab. Im Ruhrgebiet sei die Friedensleistung an Kohlen von 40 000 Waggons im Kriegs- auf 24 000 gesunken; während der letzten vier Wochen betrug sie sogar nur noch 8—10 000 Waggons. Im Rheinlande sei die Förderung um ein Fünftel zurückgegangen. In Oberschlesien sei eine Lohnforderung von 25 Mark für den Achtstundentag gestellt worden. Die Gegenforderung für eine Mindest-Arbeitsleistung wurde verweigert. Die Regierung hat eingegriffen und der Arbeiterchaft die unbedingte Bewilligung aller berechtigten Forderungen versprochen. Trotzdem fahren die Leute nicht ein. Das liegt nicht an wirtschaftlichen Fragen, sondern an nationalpolitischer Agitation. Wenn wir keine Kohlen bekommen, dann wird in 14 Tagen

jeder Gas- und Elektrizitätsbetrieb aufhören.

Unsere ganze Zukunft hängt erstens von der Kohlenförderung ab, zweitens vom Transport. Das Material wird schlechter und schlechter. Dazu kommt, daß wir 5000 Lokomotiven und 100 000 Eisenbahnwagen an die Entente ausliefern müssen und das übrige rollende Material für die Demobilisation gebraucht wird.

Im Westen ist das Sechsmillionen-Heer glücklich über den Rhein. Es kann aber in der Rhein-Mosel-Gebirge nicht stehen bleiben und muß schnell nach Hause gebracht werden. Im Osten stehen insgesamt 600 000 Mann unserer Truppen zwischen Ententeheeren und unfreundlicher Bevölkerung. Hier muß geholfen werden, wenn diese Krieger nicht ebenso exekutiert werden sollen, wie Napoleons Heer anno 1813. Die Armee-Massen sollen entweder interniert werden oder kapitulieren. Die Leute haben aber ihre Waffen! Sie können nicht interniert werden, und kapitulieren werden sie auch nicht. Es schweben Vereinbarungen, um dieses Heer durch französische oder englische Kontingente bis zur deutschen Grenze zu bringen.

Für alle diese Aufgaben ist eine Steigerung der Produktion nötig, denn es muß für 7—8 Millionen zurückkehrender Arbeit geschaffen werden.

Friede, Arbeit, Brot.

ohne diese drei Aufgaben ist der Sozialismus außerstande, sich zu behaupten. Experimente von einzelnen können da nicht unternommen werden. Der Sozialismus soll großzügig und organisch für die Allgemeinheit wirken. Es geht nicht, daß einzelne Betriebe aus der Revolution eine Lohnfrage machen und erklären: „Erst wir und dann die anderen!“ Jetzt muß sich alles organisch dem Aufbau des Sozialismus ein- und unterordnen.

Barth fuhr fort: Wir haben zwar verstanden, die Revolution zu machen, aber — das muß ich gestehen — wir haben bisher nicht verstanden, Arbeiterheere zu organisieren zur Durchführung der notwendigen Arbeiten in der Ernährung. Wenn die Massen sich willig organisieren, wird es möglich sein, alle unterzubringen. Sozialisierung heißt, auf Grund wohlbedachten Planes umzusetzen. Es heißt aber nicht, daß jeder noch Gutmärken über den Besitz anderer verfügen kann.

Mit solchen maßigenden Worten wird die Reichsleistung nicht weit kommen. Die Arbeiter sehen, wie anders sich gütlich tun und wollen nun ebenfalls ein Wohlleben ohne schwere Arbeit. Daß dies zur Auflösung des ganzen neuen Staatsbaues führen muß, werden sie vielleicht erst einsehen, wenn es zu spät ist.

Politische Rundschau.

— Berlin, 27. November 1918

„Gefährlich ist's... Aus dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats scheiden Oberstleutnant Bahl und der frühere Kriegsberichterstatter Collin Koff der „Erstürmer“ des Schlosses, aus. Auf letzteren sollen die Pressemeldungen zurückgehen, daß in der neuen Regierung eine böse Vettern- und Vassalenschaft herrsche.

Die preussischen Mähren gegen die Tschechen. Von tschecho-slowakischer Seite wird die Meldung verbreitet, daß jene Gemeinden des Kreises Ratibor und Bezdružica, in welchen mährisch gebohrt wird, auch

gegen den Willen des Volkes vom preussischen Staate losgerissen und dem tschecho-slowakischen Staate zuge- teilt werden sollen. Die Geistlichkeit dieser Gemeinden, die sich eins mit ihrem Volke weigert, protestiert gegen ein solches Vorhaben, das dem zur Grundlage für die Friedensverhandlungen angenommenen Willensfakt der Umstände, unter denen der tschecho-slowakische Staat in die Erscheinung trat, vor allem die Freibewilligung an der Mährenfront in Prag, sind nicht geeignet, in unserem gläubigen Volke ihm Sympathien zu erwerben.

Wir hoffen auf Freiheit von Bedrückung und auf Schutz unserer Rechte unter den kommenden Regierungen des preussischen Volkes.

Wir sind und bleiben treu der Kirche, treu dem Vaterlande, treu unserer Muttersprache.

Der preussische und heute gegen das Frauenwahlrecht. Der bekannte unabhängige Sozialist Henke in Bremen erklärte neuerdings, daß er, abweichend von seiner 14 Tage vorher in der Bürgerchaft geäußerten Meinung, jetzt die Einführung des Frauenstimmrechtes nicht für wünschenswert halte, da er die Revolution dadurch gefährdet sehe. Darauf antwortet ihm in den „Bremser Nachrichten“ eine Frau Minna Bahjlon: „Wir Frauen verfahren uns auf's Schärfste dagegen, zum Spielball männlicher Parteinteressen herabgewürdigt zu werden. Den Frauen gebührt das Wahlrecht, um es auszuüben zum Wohle kommender Geschlechter, für einen wahren Frauen- und Muttertag, für bessere Ehe- und Eitlichkeitsgesetze und für einen dauernden Frieden.“

Eine Probe auf die Vergesellschaftung eines komplizierten Betriebes hat der Geh. Kommerzienrat Bengt in Graudenz seinen Arbeitern vorgeschlagen. Er will seinen gesamten Betrieb, der eine gute Rundschiff hat und fast nur durch Patente geschützt ist, Original- erfindungen herstellt, einer Arbeitergenossenschaft über- geben. Alle Vorräte sollen der Genossenschaft weit unter Tagespreis angerechnet werden. Auch sollen ihre etwaige hunderttausend Mark Betriebskapital übergeben werden, das nur mit 3 Proz. verzinst werden soll. Den übrigen Gewinn sollen Arbeiter und Angestellte teilen. Bengt verspricht seiner alten treuen Arbeiter- schaft als Konstrukteur noch weiterhin beizustehen. Ein besseres Angebot kann sicher nicht gemacht werden. Hier ist also einmal wirklich eine leichteste Gelegen- heit gegeben, zu beweisen, ob sozialistische Ideen in der Gemeinschaftsarbeit durchführbar sind.

Einiger gegen Soll. Vom bayerischen Ministe- rium des Innern wurde nachstehendes Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Über- mittlung an das Auswärtige Amt gelangt:

„Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium, das Auswärtige Amt des Reiches Bayern, jeden Verkehr mit den ge- genwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes ab- zulehnen.“

Generäle und Soldatenräte.

Ein Befehl an die Oberste Heeresleitung. Der Vollauftragte Barth, einer der „Unab- hängigen“ in der Sechsmänner-Regierung, erklärte in einer Berliner Verammlung:

Am Dienstag ist es zwischen der Generalität und dem Soldatenrat in Lenkyp zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Man hat die Mitglieder des dortigen Soldatenrates verhaftet. Nach ist die Schuldfrage nicht geklärt, aber das eine sei sicher, wenn irgendein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen stützen zu können, es wagen sollte, an irgendeiner Ecke des Reiches eine Gegenrevo- lution anzuzetteln, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, dann werde man gleiches mit gleichem vergelten. Dann werde das Proletariat in den nächstfolgenden Kampf eintreten, und es werde mit seinem Leben die neu- gewonnene Freiheit zu verteidigen wissen.

Weiter teilte er mit:

Das Kabinett hat der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Rassel nach Berlin zu

versetzen. Es hat ferner die sofortige Absetzung Generalis Oberhardt verlangt, der als Befehlshaber der 1. Armee am Mittelrhein die Absetzung der A. 2. Armee während seines dortigen Aufenthalts be- troffen ist zur Stunde keine Antwort der Obersten Heeresleitung eingeht. Doch hofft man, daß die mili- tärischen Stellen, getreu ihrer Zusicherung, sich dem Willen der Regierung beugen werden.

So weit Herr Barth. Daß auch sonst zwischen der Armee und der Berliner Regierung nicht alles stimmt, zeigt ein vom BSB. herausgegebener, von der Regie- rung also kontrollierter Bericht über

ein Eingreifen des Kaiserers.

In Berlin versammelte Delegierte der großen So- datenräte der 8. und 10. Armee, der Etappe des Ost- und Westfronts, sowie des 3. Ar- meer-Korps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 200 000 Kameraden, haben am 2. November dem Berliner Vollzugsrat folgende Resolu- tion vorgelegt:

Die einseitige Zusammenfassung des Berliner Voll- zugsrates bietet uns Vertretern der Ostfront keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden.

Wir fordern deshalb 1. den unverzüglichen Zusam- mentritt des Reichstages der Arbeiter- und So- datenräte, 2. sofortige Auflösung der von den geistli- chen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu en- sendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen. In der Wärfung dieser Forderungen erklären wir die höchste Gefährdung der deut- schen Reichseinheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die Ostarmee geschlossen hinter der jetzigen Re- gierung steht. Soldatenräte usw. In Verfolg dieser Erklärung blieben vier De- legierte der Ostfront in Berlin zurück, um beim Aus- wärtigen Amt, dem Kriegsministerium und dem Voll- zugsrat die Interessen der im Osten auf Heimkehr- harrenden Kameraden zu vertreten.

Vermischtes.

Wählung der vorzeitig besetzten Südpfalz. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz stellt mit:

Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter rän- men die Ententeuppen die Ortschaften an der Süd- grenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Aufseiner erfolgt die Wählung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission.

Erst kommen wir Engländer, dann —

In einer Rede in Manchester sagte der Lebens- mittelkontrollant Chynes: Es herrsche noch immer einiges Mißverständnis über das, was „Ernährung der Deutschen“ genannt wird. Unsere erste Pflicht ist, unsern eigenen Völkern und unsern Alliierten, unsere nächste den Neutralen, und dann müssen wir uns be- denken, wie die wahre Lage in Deutschland und Österreich ist. Und selbst dann dürfen wir ihnen keine Lebensmittel geben, wenn sich nicht herausstellt, daß es sowohl humanitär notwendig, wie gute Politik ist. Ganz englisch! Humanität, aber nur, wenn sie zugleich gute Politik ist.

Aus aller Welt.

„Sänglinge in Schwarz, weiß-rot gewickelt! In Ohligs hat der A. und S. Rat angeordnet: „Alle m- liche Fahnen unterliegen der Beschlagnahme, auch die sich in Privat Händen befinden.“ Sie sind sofort im Rathaus, Polizeihaus, gegen Tarnung abzuliefern. Diese Maßnahme wurde getroffen, um soweit es unseren Kräften steht, die Wärfung der Wärfung, nennigen und Sänglinge sicherzustellen.“

„Solange sie nicht Veranlassung zu haben glau- ben, lasse ich das gelten. Aber nur solange. Das ist der einzige Vorteil, wenn man einander nicht liebt. Man bleibt von Eifersucht verschont,“ sagte sie leicht- hin.

Graf Kainer, lenkte das Gespräch auf ein an- deres Thema.

„Ja, bin doch neugierig, was die Baronin Ritter- berg, zu meiner Verlobung sagt.“ „Sie wird sie einen originellen Glückwunsch vom Stapel lassen.“

„Vielleicht bekommt du noch nachträglich den Kon- gewählten, daß du dich nicht schon längst verlobt hast.“ Sie sagte mir, als sie lechzte hier war, daß sie die- ses Gewissen reden wollte.“ Erwiderte die Gräfin:

„Und dabei mußte sie denken, wie hoffnungsvoll sie noch in die Zukunft gesehen hatte, als sie das letzte Mal mit der Baronin gesprochen hatte. Das Der- trampfte sich ihr in welchem Weh zusammen.“

„Ach, wenn sie doch nur eine Ahnung gehabt hätte, daß Graf Kainer Priestergebeten gehabt hätte! Wie ganz anders hätte sie dann ihre Zeit genützt! Und dann wäre vielleicht alles anders gekommen, gar anders.“ So aber war diese plötzliche Verlobung wie ein Verhängnis über sie hereingebrochen.

Die Baronin Ritterberg hatte die Verlobungsangelei- des Grafen Kainer zukaufen vorgefunden, als sie von Ramberg heimgekommen war. Die lebhafteste Dame ha- sie mit einem Mann in den Sessel fallen lassen.

„Nun bist du doch da.“ Da hätte man doch schwa- nungsvoll vorbereitet werden müssen! Da kann man ja vor Schreden die Sprache verlieren!“ sagte sie zu ihrem Gemahl, der ihr die Karte übergeben hatte.

Baron Ritterberg, ein häßlicher, ziemlich beleib- ter Herr, mit einer fleischigen Nase und einem runden Kopf, den man sehr gut hätte als Regelfuß be- nutzen können, wenn Ohren und Nase nicht geweiz- wären, sah seine Frau gemächlich lachend an.

(Fortsetzung folgt.)

Rote Rosen.

Roman von O. Courths-Mahler.

32)

(Nachdruck verboten.)

„Josta wird sich sehr freuen.“

„O, wir müssen auch gute Freundinnen werden, deine Braut und ich. Und ich freue mich schon, wenn sie erst in Ramberg sein wird. Nicht wahr, ihr laßt mich einsam? Frau ein wenig teilnehmen an eurem Glück? Und wenn du durch deine Geschäfte in An- spruch genommen sein wirst, dann werden wir beiden Frauen uns die Zeit vertreiben.“

Graf Kainer ahnte nicht, was für eine Komödie ihm Gräfin Gerlinde vorspielte, um sich in sein Ver- trauen zu setzen und um in Ramberg möglichst festen Fuß zu fassen, ehe die neue Herrin einzog. Er freute sich herzlich ihres Entgegenkommens in seinem arglosen Herzen.

„Du sollst bei uns immer offene Herzen und treue Freundschaft finden, liebe Gerlinde.“

Sie hatte gehofft, er würde sagen: „Du wirst in Schloß Ramberg immer deine Heim- mat finden, und es ist nicht nötig, daß du ins Wit- wenhaus überledest.“ Wir haben hier alle genügend Raum.“

Aber nichts dergleichen geschah.

Und Gräfin Gerlinde wünschte doch so sehnlich, vor der Ueberfledung ins Witwenhaus bewahrt zu bleiben. Nicht nur weil sie sich vor den engen Räumen fürchtete, sondern vor allem, weil sie das Tun und Lassen des jungen Paares kontrollieren wollte, und weil sie hoffte, bequemer als Störenfried wirken zu können, wenn sie unter einem Dache mit dem jun- gen Paare wohnte.

Sie wartete auch in den nächsten Tagen vergeb- lich auf ein solches Anerbieten, das natürlich nicht er- folgte. Denn so sehr Graf Kainer die Gräfin auch verehrte und schätzte, so dachte er doch gar nicht daran, sie gleichsam als zweite Herrin in Schloß Ramberg wohnen zu lassen.

Die Gräfin machte, trotzdem er darauf hoffte, auch keinerlei Bemerkung, aus der er hätte sehen können,

daß sie sich auf den Umgang vorbereitete. Und er konnte sich noch immer nicht entschließen, davon zu sprechen.

Den Familienschmuck ließ Gräfin Gerlinde jetzt täglich durch ihre Finger gleiten. Die Verleumdung hatte sie wieder aufgereizt. Aber sie trug nie mehr ein Stück von diesen Schmuckstücken, sondern benutzte nur den ihr persönlich gehörigen Schmuck, der freilich nicht so feine, kostbare Stücke enthielt.

Jedenfalls war sie aber jetzt immer die jora- lantische Toilette. Sie wollte schön sein, und sie war es auch mit dem etwas dicken Gesicht und den fest- sam schimmernden Augen, die oft schwarz erschienen in der Erregung.

Graf Kainer sah sie oft voll Bewunderung an. Und einmal sagte er zu ihr:

„Du wirst täglich schöner, Gerlinde. Es ist fast ein Wunder an der Welt, daß du dich so lange von allem Verkehr zurückgezogen hast.“

Du schlugst ihr Herz wild und unruhig. Sie hätte ihn schütteln mögen, hätte ihn zureufen mögen.

Warum sagst du mir das? Siehst du nicht, daß es gefährlich ist, Hoffnungen in mir zu wecken, daß meine Schönheit dich zu meinen Füßen zwingen könnte? Du solltest dich hüten, meine Sehnsucht da- nach zu steigern!“

Mit aller Kraft zwang sie sich zu einem schel- mischen Lächeln.

Lieber Vetter, wenn deine Braut hörte, daß du noch andere Frauen außer ihr schon kinst,“ neckte sie. Er lachte.

„Josta ist nicht eifersüchtig,“ sagte er.

Sie sah ihn groß und selbst an. „Wenn man liebt, ist man auch eifersüchtig — wir Frauen wenigstens.“ Ein Schatten flog über sein Gesicht. Er sagte sich, daß Gerlinde wohl recht haben möge. Josta liebte ihn nicht, so glaubte er. Und dieser Glaube begann ihn schon zu quälen. Er sagte sich jedoch:

„Sollte das nicht individuell sein, Gerlinde? Es gibt doch auch liebende Frauen, die nicht zur Eifer- sucht neigen.“

Sie lachte. Es klang scharf und bitter.

Ausscheidung eines schlesischen Rittergutes in 450 Rentengüter. Vor der Arbeiterschaft der Pöhlmann-Werke in ...

Kleine Neuigkeiten.

In Forst wurde ein aus dem Felde heimkehrender Soldat, der auf einen fahrenden Eisenbahnzug springen wollte, totgefahren.

Lokales.

Der Verlauf von Heerespferden. Die Veräußerungen der Pferde geschehen im allgemeinen nach den Festlegungen des Demobilisationsplanes mit den durch die Verhältnisse gebotenen folgenden Abweichungen und Ergänzungen:

Mit den Veräußerungen ist ohne Weiteres zu beginnen, eine besondere Ermächtigung des Kriegsministeriums ist nicht abzuwarten.

Von den nicht mehr arbeitsfähigen Pferden sind nur die zu versteigern, die wieder arbeitsfähig zu werden versprochen. Die übrigen sind zum Schlachten den Provinzial- und Landesfleischstellen anzubieten.

Die Fleischstellen haben zu zahlen: für den Rentner Lebendgewicht 75 Mark bei bester, 60 Mark bei mittlerer, 50 Mark bei geringer Beschaffenheit des Fleisches.

Von den Versteigerungen der arbeitsfähigen Pferde bleiben Händler nach wie vor ausgeschlossen. Die Versteigerungen werden nur in den Demobilisationsorten vorgenommen. Die Bevorzugung der mit Kriegsanleihe Zahlenden bei den Versteigerungen bleibt in Kraft.

Seuchenansteckungsverdächtige Pferde sind getrennt von den übrigen zu verkaufen. Eine Liste der Käufer ist nach jeder Versteigerung der Ortspolizeibehörde zur Verhütung der Seuchenverbreitung zur Kontrolle zu übersenden. Ausleihen von Pferden haben zu unterbleiben.

Der Postverkehr nach dem Auslande. Die bisherigen aus militärischen Gründen getroffenen Beschränkungen im Brief-, Postkarten-, Drucksachen- und Zeitungsvorkehr nach dem nichtfeindlichen Auslande sind sämtlich aufgehoben worden. Es bleiben nur noch bestehen die Bestimmungen, wonach Briefe nach dem Auslande offen aufgegeben werden müssen, und Briefsendungen (einschließlich der Postkarten und Drucksachen) außer in deutscher nur in den für den Briefverkehr mit dem Auslande bisher zugelassenen fremden Sprachen abgefasst sein dürfen. Ferner bleiben alle Beschränkungen für den durch die Post vermittelten Geldverkehr mit dem Auslande aufrechterhalten.

Die Geldpost nach dem Osten. Briefe und Postkarten an die Angehörigen der Ostheere können wieder aufgegeben werden. Falsch verstandene und wohl auch unrichtige Zeitungsnachrichten haben Störungen eintreten lassen, die von den Beteiligten im fernsten Osten schmerzhaft empfunden werden. Zur Sperrung der Nachrichtenpost nach den Ostheeren liegt keine Veranlassung vor. Wir warten sehnachtsvoll auf Nachrichten von unseren Angehörigen. Die zurückmarschierenden und noch im besetzten Gebiet notwendige Truppe braucht unbedingt diese unmittelbare Verbindung mit Haus und Herd. Sie abschneiden, hieße die Beunruhigung, die ohnedies vorhanden ist, bis zur Unentzählbarkeit steigern.

Die Viehzählung findet statt. Gegenüber aufgetauchten Zweifeln, ob die auf den 4. Dezember angeordnete Viehzählung stattfinden soll, wird halbamtlich mitgeteilt, daß eine Verrückung von den maßgebenden Stellen nicht beabsichtigt ist. Die Viehzählung findet demnach statt.

Die Gänse werden billig. Als eine Folge des bevorstehenden Friedensschlusses ist es anzusehen, wenn die Preise für Gänse in den letzten Tagen erheblich zurückgegangen sind. Im Oberbruch, wo die Gänsezucht im großen betrieben wird, ist der Preis für das Pfund Schlachtgewicht um nahezu 50 Prozent gesunken. Auch aus anderen Gegenden berichten die Tagesblätter von niedrigen Gänsepreisen, die darauf zurückzuführen sein sollen, daß von Polen aus große Mengen geschlachteter Gänse auf den Markt geworfen werden. Die Tiere wurden bisher zurückgehalten, um hohe Preise daraus zu erzielen. Das rächt sich jetzt bitter, zumal die Preise weiter Neigung zum Sinken haben. Man will deshalb die Gänse schnell loslagern, ehe sie noch billiger werden.

Wichtig für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Der Feind soll Entlassungsbescheinigungen in denen nicht ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus dem Heeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen. Bescheinigungen mit anderen Wortlaut werden beim Bezirkskommando umgetauscht. Es empfiehlt sich auch für die am 2. August 1914 noch wehrpflichtigen Personen die zum Heeresdienst nicht eingezogen, sich eine derartige Bescheinigung zu verschaffen. Zwecks schneller Abfertigung bittet das Bezirkskommando, daß jeder in seinen Paß oder Schein pp. selbst mit Tinte deutlich einträgt: „Aus dem Heeresdienst entlassen“, sodas vom Bezirkskommando nur der Dienststempel darunter gesetzt werden braucht. Behörden, Firmen usw. wollen die Pässe gesammelt dem Bezirkskommando durch Boten vorlegen. Der letzte Passvermerk ist mitzubringen.

Kirchliche Nachrichten, Biersstadt:

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, 1. Dezember.

1. Advent.

Morgens 10 Uhr: Bieder Nr. 39 — 390 — — 46

Text: Ev. Matthäus 21, 1—9.

Morgens 11 Uhr: Rindergottesdienst. — Bieder Nr.

85. — — Josaja 50, 1—8

Kath. Kirchengemeinde.

Sonntag, 1. Dezember.

8 Uhr hl. Messe.

Morgens 9 Uhr: Hochamt.

Abends 2 Uhr: Schlussandacht.

Vertags hl. Messe 7⁴⁰ Uhr.

Nassauisches Landestheater Wiesbaden.

Sonntag, 1. Ab. B. Die Hugenotten. 6 Uhr

Montag, 2. Aufg. Ab. Meine Frau die Hofschauspielerin. 7 Uhr

Kurhaus Wiesbaden.

Konzerte in der Kochbrunnenanlage täglich an Wochentagen 11, Sonn- und Feiertags 11 Uhr.

Samstag, 30. Novemb. 4 u. 8 Uhr: Abonnements-Konzert des Kurorchesters.

Bekanntmachungen.

Die Liste der Handwerker, die sich an der Abstimmung über die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schreiner- u. Glaserhandwerk im Landkreis Wiesbaden beteiligt haben, liegt vom 2.—11. Dezember cr. im Zimmer 6 des Landratsamts zur Erhebung etwaiger Einsprüche der Beteiligten öffentlich aus.

Nach Ablauf dieser Frist angebrachte Einsprüche bleiben unberücksichtigt.

Biersstadt, den 29. November 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Um eine gerechte Verteilung des in diesem Jahre im hies. Gemeindevorstand zu fallenden Holzes vorzunehmen hat der Gemeinderat beschlossen, auf Antrag jeder hies. Haushaltung 2 Rm Holz oder 50 Wellen und jeder Einzelperson 1 Rm Holz oder 25 Wellen zu überweisen.

Alle welche davon Gebrauch machen wollen, müssen dies bis spät. 4. Dez. auf der Bürgermeisterei unterer Saal I. melden.

Ueber Nummer und Holzart entscheidet das Los. Der Preis wird durch Sachverständige festgesetzt.

Biersstadt, den 30. November 1918.

Der Arbeiter- und Bauernrates.

R. Winter, Vorsitzender.

Der Bürgermeister: Hofmann.

J. B. Bierbrauer, Beigeordneter.

Das Bezirkskommando wird am 30. Nov. abends geschlossen und aufgelöst.

Beleuchtungskörper

modern, grosse Auswahl, billigste Preise.

Flack, Wiesbaden, Luisenstrasse 44 neben Residenztheater.

Alle diejenigen am 2. Aug. 1914 noch nicht 45 Jahre alt gewesenen wehrpflichtigen Personen, welche die erforderliche Eintragung über ihre Entlassung aus dem Heeresdienst noch nicht bewirkt haben, werden im eigenen Interesse aufgefordert dies sofort nachzuholen, andernfalls denselben Unannehmlichkeiten durch die zu erwartende Befragung bereitet werden können.

Biersstadt, den 29. November 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Die Regierung hat mit dem 1. 12. 18 im Gebäude

Bierstadt, 3 ein

Kreis-Beizeamt

für die Kreis-

Wiesbaden-Stadt — Wiesbaden-Land

Rheingau und Untertaunus

eingesetzt.

Das Kreis-Beizeamt ist zuständig für

- a) Anmeldung entlassener Heeresangehöriger,
- b) Regelung evtl. persönl. Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gehalts, Entlassungsgelder.
- c) Bearbeitung der Renten und Versorgung Kriegsbeschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich sofort dort anzumelden.

Wiesbaden, 27. Novbr.

Der Regierungspräsident.

Mit dem 23. November ist die Gültigkeitsdauer der roten Kartoffelmarken abgelaufen. Von diesem Tage an dürfen keine roten auf diese Marken nicht mehr verpackt werden.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß für die Versorgung vom 24. Nov. 1918 bis 15. August 1919 die blaue Kartoffelmarke, beginnend mit der Marke der 48. Kalenderwoche in Kraft tritt. Jede Marke trägt das Datum ihrer Gültigkeit. Der Bezug von Kartoffeln auf noch nicht gültige oder abgelaufene Marken wird bestraft.

Ferner ist auf die Einhaltung des Systems der festen Ration zu hinwirken. Personen die bis 22. Nov. nicht in die Liste eingetragen sind, sind nicht rationsberechtigt.

Die neuen Rationen für den neuen Rationsschein auf noch nicht abgelaufene rote Karten an Personen verausgabt werden, die als versorgungsberechtigt anerkannt sind.

Diese Personen haben auf der Kartoffelkarte ihren Namen und den der Verkaufsstelle einzutragen bei welcher sie zum Kartoffelbezug in die Rationliste eingetragen.

Wiesbaden, 21. Novbr. 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses: von Heimburg.

Wird veröffentlicht.

Biersstadt, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Heute Samstag Abend 8¹⁵ Uhr im Gambrinus, Ww. Menges

Mitgliederversammlung

der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften.

- 1. Die Erwerbslosenfürsorge.
- 2. Die politische Lage.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.

Haus- und Grundbesitzerverein

Biersstadt.

Tel. 6016 Geschäftsstelle Blumenstraße 2a. Tel. 6016

Zu vermieten sind Wohnungen von 1—5 Zimmer z. Preise von 100—850 Mark. Zu verkaufen sind verschiedene Villen, Geschäfts- und Wohnhäuser, Baupläne und Grundstücke in allen Preislagen.

Gegen Haarausfall

ist ein altbekanntes Mittel mein

antiseptisches

Kamillen-Kopfwasser.

Feste und flüssige Brillantine.

Gustav Herzig

Wiesbaden Tel. 314 Webergasse 10

Wegzugshalber ein sehr starker Handwagen mit Hemme zu verkaufen.

Borbergasse 7.

Großer Küchenschrank, 1 Sprungfeder-Matratze, 1,75 m lang, 1 m breit, zu verkaufen.

Hainerstraße 1, Wartturm.

Tragend. Schwein zu verkaufen.

Moringstraße 7.

Gebrauchter, starker Leiterwagen, 6—7 Str. Tragkraft billig zu verkaufen. Wartturmallee 8.

Die Unterzeichnete nimmt die am 18. August 1918 den Eheleuten Tagl Anton Göttert in Biersstadt zugefügte Beleidigung zurück.

Frau August Ernst.

Eine Büglerin

und Lehrmädchen gesucht

Wiesbadener Straße 41.

Buchbinder zu kaufen gesucht, Pfund 1.80 Mt. Biersstadt, Taunusstraße 9, 2.

Todes- + Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mitteilung, von dem noch schwerem Krankenlager erfolgten Ableben meiner lieben Frau, unserer herzlichsten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Philippine Müller

geb. Kaiser

im 56. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Jakob Müller.

Biersstadt, den 28. November 1918.

Die Beerdigung findet Sonntagnachmittag um 3 Uhr vom Trauerhause, Hintergasse 24 aus statt.

Schulranzen : Schulranzen
Grösste Auswahl Billigste Preise
offert als Spezialität
A. LETSCHERT
Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10. Reparaturen

Nähseide

in allen Farben

Conrad Vulpius,

Wiesbaden Marktstrasse 30, Ecke Neugasse.

— **Riſſige ſpröde Hände** —
verschwinden über Nacht durch Einreibung mit Gemisch
reinem

— **Glycerin** —

Zur Hautpflege empfehle: Lanolin, Niobera-Creme,
Creme Pelger, Vaseline (Friedensqualitäten)

Drogerie Arthur Lehmann

— Bierstadt —

Wiesbadenerstrasse 4 Ecke Adlerstrasse.
Fernsprecher 3267.

Prima junges Pferdefleisch

empfehlen die ganze Woche

Frau S. Barmann Ww.

Erbenheim.

Ein Gartengelände
billig zu verkaufen.
Zu erfragen
Erbenheimerstrasse 16, part.
2 Acker, 1 Morgen gross
zu verkaufen. Schriftliche
Angebote unter Acker an die
Gesch. d. Bl. abgeben.

— **Monatsfrau** —
für 2 Stunden vormittags
gesucht.
Wiesbadenerstrasse 13.

— **Stärkwäsche** —
zum waschen und bügeln
wird angenommen.
Schrödel,
— Adlerstrasse 4 —

Spezialität:
— Skizzen —

Gutscheine

Neuheit:
Schneebilder

bei einer Aufnahme von 6.— Mk an für das beliebte

Geschenkbild

vom 30. November bis 15. Dezember.

Gut durchgeheizte Räume. Geöffnet Wochentags v. 9—1 u. 3—7, Sonntage v. 10—12 Uhr.

Photographie Schmidt, Wiesbaden

Dickelsberg 1. Haltestelle elektr. Linie 2 (rot und 3 (blau))

Hebe mein Geschäft wieder
eröffnet, halte mich bestens
empfehlen. Achtungsvoll
— **Chr. Rupp** —
Schmied.

Junges
Mädchen zum Nähen
sofort gesucht.
Blumenstrasse 20, 1.

Strauss Rüsche



Jetzt
unver-
gleichlich
für jede
Dame
in allen
Preislagen
Grosse Auswahl
Eigene Einrichtung
Umarbeitungen von
Beas u. Straussfedern
Waschen, Färberei
Reinheitsbäder u. a.
Heinrich Fried
Wiesbaden, Kärstnerstrasse 10

Zu Weihnachten
bringe meine bewährte
Kürschnererei
verbunden mit

Pelzwarenverkauf

in empfehlender Erinnerung.

D. Brandis, Kürschner

Langgasse 39, 1. :: Fernruf 2024.

Gegen Schuppen, Schinnen, Haar-
ausfall von sicherer Wirkung ist

Peka - Haarwasser

Regt den Haarwuchs mächtig an und ist
als Schuppenwasser unerreichbar.

Haaröle (Friedensqualitäten)

Shampoo zum Kopfwaschen, Zahnbürsten,
Zahnpasten.

Drogerie Arthur Lehmann

Bierstadt, Wiesbadenerstr. 4
Ecke Adlerstrasse, gegenüber der Post.
Telefon 3267.

Bei Schneefall

werden jederzeit Männer und Frauen sowie Schüler
der älteren Klassen angenommen.

Ausweisarten und nähere Auskunft werden erteilt von
mittags von 9—12 Uhr im

Büro des Wiesbadener Trottoir-Reinigungs-
Instituts, Hochstättenstrasse 4.

Ausnahmestage

vom 22. November bis 15. Dezember.

Der grossen Nachfrage wegen geben wir Jedem, der sich bei uns eine Aufnahme in der Preislage von 6 Mk. an bestellt

Ganz umsonst

eine Vergrösserung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30×36 cm). Aufnahmen auch abends bei elektrischem Licht, genau wie Tageslicht.

Trotz enormer Unkosten
billige Preise.

Samson & Cie.

Telephon 1986. Wiesbaden, Gr. Burgstr. 10. Telephon 1986.

Weihnachts-Aufträge

bitte man des starken Andranges
wegen **jetzt schon** zu machen.

Wintermäntel aus Flauchstoff. 250.- 185.- 79.-
Plüsch- u. Astrachan-Mäntel 350.- 250.- 125.-
Kinder-Winter-Mäntel 85.- 54.- 19.-
Jacken-Kleider in Wolle und Samt 350.- 225.- 79.-

Schwarze Tuchmäntel, 135 cm lang 175.—

Ranin-Fuchsfurm 29.— 36.—
Alaska-Füchse 98.— 98.—
Kreuz-Füchse 225.— 225.—
Iltis und Felle 125.— 125.—
Platz-Kleider-Kragen 48.—

Kragen 29.— 36.—
Muff 98.— 98.—
225.— 225.—
125.— 125.—
48.—

Wollene Kleiderröcke 39.—

Schlöss

Wiesbaden

Damenbekleidung

Langgasse 32.

Woll-Blusen 19.75